

Mehr Staat?

Überlegungen zur Finanzkrise

Hat der Markt, hat die Marktwirtschaft angesichts der globalen und gravierenden Wirtschafts- und Finanzkrise versagt? Brauchen wir wieder mehr Staat, brauchen wir gar eine andere Wirtschaftsordnung, die dem Kapitalismus Schranken setzt? Nein, sagt der FDP-Politiker Dr. Hermann Otto Solms, der am 1. Dezember 2008 zu einem Vortrag in der Katholischen Akademie war. Der Markt sei besser als der Staat, so die These. Allerdings erntete Solms in einigen Punkten Widerspruch vom katholischen Sozialethiker Prof. Dr. Markus Vogt. „zur Debatte“ bringt den Vortrag von Solms und die wichtigsten Passagen aus der Diskussion zwischen Solms und Prof. Vogt.



Die New Yorker Börse galt als der Nabel der Weltwirtschaft. Die Finanzkrise ließ die Aktienkurse in den Keller rasen und trieb Händler und Aktionäre in die Verzweiflung. Foto: dpa

Hermann Otto Solms

Die Finanzkrise - eine Krise der Marktwirtschaft?

Brauchen wir mehr Staat?

Angesichts der Finanzkrise sind die Menschen verunsichert. Überall ertönt der Ruf nach mehr Staat. Hat die Marktwirtschaft tatsächlich ausgedient? Schließlich steuern wir angeblich auf die schwerste Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression im Jahre 1929 zu. Sind entfesselte Märkte daran schuld? Ist die Finanzkrise eine Folge übermäßiger Freiheit?

Ich meine: Im Gegenteil! Die Finanzkrise ist Folge einer falsch verstandenen Freiheit, einer Freiheit ohne Verantwortung. Wenn wir in Deutschland der Sozialen Marktwirtschaft wieder Anerkennung verschaffen wollen, müssen wir uns besinnen auf die Prinzipien, die ihr zugrunde liegen. Wir brauchen nicht weniger Markt, wir brauchen einen besser funktionierenden Markt. Und hier ist der Staat gefordert.

Alexander Rüstow, einer der Hauptvertreter und Mitbegründer des Neoliberalismus, formulierte bereits 1932: „Wer sich zu einem starken Staat bekennt, muss liberale Wirtschaftspolitik wollen, und wer liberale Wirtschaftspolitik für richtig hält, muss den starken Staat wollen. Eins bedingt das andere.“ Wenn wir es dagegen zulassen, dass der Markt weiter zurückgedrängt wird, werden sich unsere Probleme verschärfen.

Das Unbehagen an der Marktwirtschaft hängt vielfach damit zusammen, dass der Markt aus verschiedenen Gründen nicht ordentlich funktioniert. Er kann aber nicht funktionieren, wenn gegen seine fundamentalen Prinzipien verstoßen wird. Deshalb müssen wir uns besinnen, was die elementaren Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft sind.



*Dr. Hermann Otto Solms MdB,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages*

Ursachen der Finanzkrise

Es gibt zwei weit verbreitete Erklärungsmuster der Finanzkrise.

1. Marktversagen: entfesselte Märkte richten ihre Kräfte gegen ihre Schöpfer. Die Finanzmarktjongleure wie Goethes Zauberlehrling nach dem Motto: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los“.

2. Geldgier: persönliche Verfehlung allzu raffsüchtiger Finanzmanager.

Ich halte beide Erklärungen für nicht haltbar. Die Ursache liegt weder in unfähigen Märkten, noch in fehlender Moral. Die Ursache liegt vielmehr darin, dass wichtige Regeln nicht beachtet wurden. Eines der fundamentalen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft lautet: Freiheit und Verantwortung dürfen nicht voneinander getrennt sein.

Risiko und Freiheit

Es gab und gibt viele Philosophen, die sich der Freiheit widmen. Sie sind sich meist nicht einig. Aber ein Punkt ist unstrittig: Echte Freiheit ist nur in nicht-determinierten Lebenssituationen denkbar, also in Situationen, deren Ausgang tatsächlich offen steht. Nur solche Fälle ermöglichen uns eine freie Willensentscheidung. Das aber sind Entscheidungen unter Risiko. Man entscheidet in der Gegenwart. Man legt sich fest mit Blick auf die Zukunft, die man naturgemäß nicht vorhersehen kann. Eine freie, eine echte Entscheidung ist also immer eine Entscheidung unter Unsicherheit. Das Risiko liegt darin, dass wir unsere Ziele möglicherweise nicht erreichen. Es handelt sich dabei um ein „Rechnen mit der Zeit“. Man erhofft sich Vorteile von etwas und ist deshalb bereit, etwas anderes aufs Spiel zu setzen. Man legt sich fest ohne sicher zu wissen, wie das Endergebnis sein wird.

Risiko und Verantwortung

Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit. „Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten“ (so George Bernard Shaw). So wie Freiheit ist auch der Begriff „Verantwortung“ nur im Zusammenhang mit Ungewissheit sinnvoll. Verantwortung kommt ins Spiel, wenn künftige Entwicklungen oder Folgen von Handlungen vorab nicht planbar sind. Wo alles determiniert ist, braucht niemand Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung übernehmen bedeutet, für Folgen einzustehen, Konsequenzen auf sich zu nehmen. Der Verantwortliche wird haftbar gemacht für das, was geschieht. Ganz eng am Wortsinn: Die Sache haftet an ihm, sie darf nicht losgelöst werden. Mit anderen Worten: Verantwortung übernehmen, heißt Risiken wie Chancen zu übernehmen.

Verursacherprinzip

Die Freiheit einer Entscheidung und die Haftung für die Konsequenzen müssen untrennbar miteinander verbunden sein. Was zunächst wie ein rein moralisches Postulat klingt, ist zugleich ein ökonomisches. In der Welt der Ökonomie regiert das Kriterium der Effizienz. Danach darf es nicht sein, dass ich die Folgen meiner Handlung auf andere abwälze, positiv wie negativ: Sogenannte externe Effekte müssen in das Handlungskalkül einbezogen werden. Märkte sind nur dann effizient, wenn das Verursacherprinzip eingehalten wird. Auf den Finanzmarkt übertragen bedeutet das: Risiko und Haftung müssen zur Deckung gebracht werden. Es darf keine Verantwortungsdiffusion geben.

Risiko und Haftung

Bei Finanzgeschäften geht es im Kern um die Übernahme von Risiken. Anders als bei einem unmittelbaren Geschäft auf Gegenseitigkeit schiebt sich eine Zeitachse zwischen Beginn und Abschluss des Handels. Je mehr Zeit verstreicht, desto mehr Unwägbarkeiten, desto mehr Unsicherheit. Wer jemandem Kredit einräumt, gewährt einen Vertrauensvorschuss. Das Wort Kredit leitet sich ab aus dem lateinischen „credere“ – glauben, anvertrauen. Ohne Vertrauen gibt es keinen Kredit. Vertrauen gibt es nur, wenn der Gläubiger weiß, dass der Schuldner auch persönlich haftet. Risiko und Haftung müssen zur Deckung gebracht werden. Das ist eine elementare Voraussetzung für effiziente Märkte.

Überhöhte Risiken auf den Finanzmärkten

Als Zwischenergebnis kann man festhalten: Die Rahmenbedingungen einer funktionierenden Marktwirtschaft müssen dafür sorgen, dass Freiheit und Verantwortung miteinander verknüpft sind, dass Risiko und Haftung zur Deckung gebracht werden. Was die Finanzkrise betrifft, so wurden diese Voraussetzungen nicht ausreichend beachtet. Auf dem Weg in die Finanzkrise wurde Freiheit von Verantwortung abgekoppelt. Es gab z. B. eine überhöhte Risikobereitschaft aufgrund zu nachlässiger Eigenkapitalanforderungen. Die Eigenkapitalrenditen stiegen – man denke an Herrn Ackermanns Standard von 25 Prozent – aber auch die Risiken stiegen. Die Risiken waren um ein Vielfaches größer als die Sicherheiten. In der Krise haben sich nun diese Risiken realisiert, auch weil das notwendige Haftungskapital nicht ausreichend zur Verfügung stand.

Versagen der Bankenaufsicht

Hier hat auch die Bankenaufsicht versagt. Der Ökonom Martin Hellwig hat in einem sehr lesenswerten Beitrag für die FAZ (22.11.08) ausgeführt, dass auch Basel II die Eigenkapitalanforderungen lediglich auf der Grundlage der bankinternen Risikomodelle bestimmt und damit die öffentlichen Interessen vernachlässigt. Aber diese Risikomodelle können nicht die Risiken des Systems als Ganzes abbilden. Die Abwägung der Risiken stellt sich für die einzelne Bank eben anders dar, als für den Finanzsektor als Ganzes. Das öffentliche Interesse ist nicht deckungsgleich mit der Summe der Einzelinteressen der Banken. Daher muss das öffentliche Interesse an einem stabilen Finanzsektor durch verbesserte Regulierung und verbesserte Aufsicht – national wie international – durchgesetzt werden.

Ungenügende Markttransparenz

Ich will noch eine weitere Voraussetzung nennen, die in der Finanzkrise nicht ausreichend beachtet wurde: Die Notwendigkeit von Markttransparenz. Markttransparenz ist elementar für das Funktionieren von Märkten: Wenn zwei Leute ein Geschäft machen und gleichermaßen die Ware beurteilen können, dann kann ein faires Geschäft zustande kommen. Wenn ein Käufer dagegen die Ware nicht beurteilen kann, so ist er natürlich im Nachteil. Man nennt das „asymmetrische Information“. Gebrauchtwagen sind ein beliebtes Beispiel hierfür. Asymmetrische Information beeinträchtigt die Markttransparenz. Das ist schlecht für das Funktionieren von Märkten. Wenn aber schwächere Marktteilnehmer strukturell und systematisch im Nachteil sind, muss der Staat handeln.

Gerade auf den Finanzmärkten sind Informationen ungleich verteilt. Die Kunden wissen nicht, was die Bank mit ihrem Geld macht und welche Risiken sie damit eingeht. Die Bank hat dem Einleger gegenüber einen Informationsvorsprung. Jeder Kreditnehmer hat seinem Geldgeber gegenüber einen Informationsvorsprung. Wegen dieser asymmetrischen Information ist auch unter liberalen Ökonomen die Regulierung in kaum einem anderen Wirtschaftszweig derart akzeptiert wie in der Finanzwirtschaft. Das Ziel der Regulierung ist der funktionsfähige Wettbewerb. Eine solche „systemische“ Regulierung ist unverzichtbar.

Politikversagen ist nicht Marktversagen

Effiziente Regulierung bewirkt, dass alle Marktteilnehmer dem System vertrauen können. Dieses Vertrauen ist aber derzeit verloren gegangen. Wir haben es also mit einem Versagen der Regulierung zu tun. Regulierungsversagen ist aber Politikversagen und nicht Marktversagen. Während die Regulierungsaufgabe vernachlässigt wurde, gab es an anderer Stelle zu viel staatliche Einmischung: Es waren gerade die staatlich umsorgten Banken, IKB, KfW und einige Landesbanken, die sich gewaltig verspekulierten. Ein Kommentator meinte dazu bissig: Die deutschen Landesbanken, die jetzt auf das Hilfspaket zurückgreifen, sind vermutlich die einzigen staatlichen Banken der Welt, die nochmals verstaatlicht werden!

Und die US-amerikanische Regierung hat mit ihrer Häuser-für-Jedermann-Politik sich ebenfalls massiv eingemischt: Die staatsnahen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddy Mac wurden politisch gedrängt, Kredite an sogenannte „Ninja“-Haushalte zu vergeben. „Ninja“ steht für: No income, no job and no assets! Hinter vielen Eingriffen stehen

zwar oft die besten Absichten. Das macht die Sache aber nicht besser. In der neuen Denkschrift der EKD „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ liest sich das so: „Hoher moralischer Anspruch ohne ausreichende Kenntnis der Sachzusammenhänge wirtschaftlichen Handelns führt zu Ratschlägen, die zwar Gerechtigkeit anstreben mögen, aber zuweilen das Gegenteil erreichen.“: Der Staat ist eben nicht der bessere Banker. Eher im Gegenteil!

Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft

Damit ist ein weiteres Prinzip angesprochen, das nicht ausreichend beachtet wurde: Das Prinzip der Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt. Die Soziale Marktwirtschaft hat von Anfang an die Trennung von Markt und Staat verlangt. Das hieß aber niemals Laissez-faire. Die Soziale Marktwirtschaft war eine Wiederauferstehung der liberalen Idee, die in den 30er Jahren schon fast tot schien. Daher kam auch der Name „Neoliberalismus“, der 1938 auf einer Konferenz in Paris geprägt wurde, zu der sich die liberalen Denker dieser Zeit zusammengefunden hatten.

Der Ordoliberalismus ist die deutsche Variante des Neoliberalismus. Ihre Vertreter wollten weder die „Anarchie des Marktes“ in einer Laissez-faire-Wirtschaft noch die totalitären staatswirtschaftlichen Systemen des Faschismus und des Kommunismus. Von Anfang an war die Soziale Marktwirtschaft im christlichen Glauben verankert. So ging die Initiative zu der 1944 veröffentlichten „Freiburger Denkschrift“ der Ordoliberalen auf den noch in den letzten Kriegstagen von den Nazis ermordeten Berliner Pfarrer Dietrich Bonhoeffer zurück. Dem Katholiken Alfred Müller-Armack haben wir den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ zu verdanken. Der Wissenschaftler hatte sich während des Nationalsozialismus in ein Kloster am Rande des Westmünsterlandes, nach Vreden-Ellewick, zurückgezogen, wo er gewissermaßen „überwinterte“. Dort kam ihm die Idee für diesen Namen.

Was ist ein starker Staat?

Neoliberale stehen genau für das Gegenteil dessen, was ihnen heute unterstellt wird. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Märkte funktionieren. Markt und Wettbewerb müssen politisch abgesichert werden. Das erfordert einen starken Staat. Aber gleichzeitig eine Selbstbindung, eine Selbstbeschränkung des Staates. Das Eingreifen des Staates muss, wie der neoliberale Ökonom Alexander Rüstow es formulierte „nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in

Richtung der Marktgesetze“ erfolgen.

Friedrich von Hayek hat in einer Metapher die Marktwirtschaft mit einem Spiel verglichen, in dem verbindliche Regeln das Handeln der Teilnehmer leiten. Die Regeln sind festgelegt, aber das Ergebnis ist offen. Der Staat als Schiedsrichter muss ständig wachsam sein und prüfen, ob die Regeln eingehalten werden. Er muss neutral sein und darf nicht selbst am Spiel teilnehmen. Regelverstöße muss er sanktionieren. Und von Zeit zu Zeit muss er hinterfragen, ob die Regeln, ihre Auslegung und die Art der Überwachung noch auf der Höhe der Zeit sind. Alte, obsoletere Regeln müssen durch bessere ersetzt werden.

Für das Thema Finanzkrise heißt das: Wir brauchen nicht notwendigerweise mehr Regeln. Wir brauchen zeitgemäße Regeln. Ein starker Staat ist da gefordert, wo es darum geht, Regeln zu setzen und ihre Einhaltung zu überwachen und auch durchzusetzen. Hier läuft die Politik ständig Gefahr zu wenig zu tun. Schließlich ist es unpopulär, Grenzen zu ziehen und Verantwortlichkeit einzufordern. Der Staat muss sich aber zurückhalten was den Ablauf des Spieles betrifft. Er darf nicht intervenieren oder gar mitspielen. Hier erliegt die Politik immer wieder der Versuchung, sich als Retter aufzuspielen. Alexander Rüstow schrieb bereits 1932: „Gerade dieses Sichbesinnen und Sichzurückziehen des Staates auf sich selber, diese Selbstbeschränkung ... ist Voraussetzung und Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke.“

Falsches Verständnis vom starken Staat

Dass diese Selbstbeschränkung des Staates schwer fällt, können wir jetzt gut beobachten am Beispiel von Opel: Herr Steinbrück sagt nun, er wolle keine Trittbrettfahrer einladen. Das Problem ist: Er braucht niemanden einzuladen. Die kommen schon von ganz alleine – nämlich die Branchen, die sagen, wenn der Autoindustrie geholfen wird, wer hilft dann uns, insbesondere der Zulieferindustrie, aber auch anderen Branchen? Steinmeier und Merkel geben ein Bild ab wie im Wettlauf von Hase und Igel: Wer ist denn nun der erste bei Opel? Und dann bei den vielen anderen Bittstellern, die noch kommen werden? Das ist sinnlos und ordnungspolitisch falsch und praktisch unmöglich.

Verwischung der Interessen

Wenn die Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt nicht sauber eingehalten wird, geht das Gespür für die Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Interessen verloren. Der Staat wird an den Kriterien des Marktes gemessen und die Wirtschaft an den Kriterien des

Staates. Damit nähren wir die öffentliche Erwartung, der Staat möge als Akteur in das Geschehen eingreifen. Und umgekehrt werden an die Unternehmen Forderungen gestellt, die sich eigentlich an den Staat richten sollten. Nämlich: Die Unternehmen sollen ihr Geschäft nach außerökonomischen Gesichtspunkten betreiben. In der Bevölkerung breitet sich das Gefühl aus, private Unternehmen müssten öffentlichen Zwecken dienen. Kein Wunder, dass – Umfragen zufolge – die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft schwindet. Es ist ein Symptom dieser Verwischung, wenn Banker aufgefordert werden, solides Bankgeschäft zu betreiben – die Tugenden des ehrbaren Kaufmannes hochzuhalten – und im gleichen Atemzug von ihnen verlangt wird, Kredite nach sozialen oder politischen oder moralischen Gesichtspunkten zu vergeben.

Deshalb ist Erzbischof Reinhard Marx nur zuzustimmen, wenn er in seinem neuen Buch „Das Kapital“ schreibt: „In der Tat muss es sogar als die wichtigste soziale Verantwortung eines Managers bezeichnet werden, seine Firma nachhaltig erfolgreich zu führen. Damit leistet er dann auch einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen der ganzen Gesellschaft.“

Moral und Marktwirtschaft

Die Finanzmarktkrise lässt viele Menschen am Sinn offener Märkte und am Wert des freien Unternehmertums zweifeln. Das Vertrauen in das freie Spiel der Kräfte ist sichtlich erschüttert. Lassen Sie mich deshalb ein paar Ausführungen zum Thema Moral in der Wirtschaft machen. Der Marktmechanismus ist wertfrei. Aber die moralischen Vorstellungen der Teilnehmer fließen in das Marktergebnis mit ein. Das Marktgeschehen spiegelt die moralischen Vorstellungen seiner Teilnehmer wider. Das gilt für die Produzenten wie auch für die Konsumenten. So stimmt jeder Konsument mit seiner Kaufentscheidung darüber ab, welche Produkte auf dem Markt Bestand haben. Insofern ist die Marktwirtschaft das Pendant zur Demokratie. Aber die Funktionsfähigkeit des Marktes ist nicht abhängig von der Moral der Marktteilnehmer. Der Markt ist nicht – wie etwa der Sozialismus – darauf angewiesen, sich erst den richtigen Menschen zu erziehen, damit er funktionieren kann. Glücklicherweise!

Moral der Rahmenordnung

Der Marktmechanismus lässt sich nicht moralisch fassen. Auch wenn manche das gerne suggerieren. Hierzu eine Kostprobe aus einer Rede des Bundesfinanzministers vor der deutschen Versicherungswirtschaft, in der er John Maynard Keynes zitiert: „Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Moti-

ven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“ Mit diesem Zitat hat Minister Steinbrück einen ganz wesentlichen Punkt ignoriert: Entscheidend in der Marktwirtschaft sind nicht die Motive – seien sie nun widerwärtiger oder erlesener Natur. Nicht die Motive, sondern die Ergebnisse sind entscheidend. Der Wettbewerb belohnt sozial nützliche Ergebnisse, egal aus welchen Motiven heraus sie entstehen.

So ist auch das bekannte Diktum von Adam Smith zu verstehen: „Nicht vom Wohlwollen des Bäckers machen wir abhängig, ob wir Brot bekommen, sondern von seinem wohlverstandenen Eigeninteresse.“ Auch ist der Eigennutz keine Sünde, wie Reinhard Marx letzte Woche im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung betonte. Die Kirche sagt auch: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Im Übrigen halte ich auch den Wunsch, Geld zu verdienen, nicht für unmoralisch.

Finanzkrise – eine moralische Krise?

Ich meine, es ist ein weiterer Beleg für die um sich greifende Vermengung öffentlicher und privater Interessen, dass die Finanzkrise nun als eine moralische Frage diskutiert wird. Nicht nur in den Feuilletons wird jetzt geschrieben, die Geldgier habe die Finanzwelt an den Abgrund geführt. Geldgier dient gegenwärtig als Erklärungsmuster für Wirtschaftsskandale jeder Art! Sie soll die Ursache sein von Steuerhinterziehung, von Bestechung und Korruption, von schwarzen Kassen. Damit will ich diese Skandale keineswegs kleinreden. Wo einzelne Personen unverantwortliche Risiken eingegangen sind oder illegal gehandelt haben, müssen sie selbstverständlich personell wie finanziell zur Rechenschaft gezogen werden und die Konsequenzen tragen. Individuelle Schuld zu ahnden, ist Sache des Strafrechts. Die Sache der Politik ist es, kritisch zu hinterfragen, ob wir an den Strukturen etwas ändern müssen, die ein solches Verhalten begünstigen. Da gibt es zum Beispiel auf dem Feld der Steuergesetzgebung eine Menge zu tun.

Eigennutz und Habgier

Aber Geldgier als Erklärungsmuster der Finanzkrise greift mit Sicherheit zu kurz. Damit will ich nicht bestreiten, dass die „Avaritia“, die Habgier oder Habsucht, die Menschheitsgeschichte von Anfang an begleitet. Und sie gilt nicht nur den Katholiken – das wissen Sie besser als ich – als schweres Laster. Diesem Laster wurde der Dämon „Mammon“ zugeordnet. Und gerne wird vulgär-ökonomisch das Konzept des „Eigennutzes“, des homo oeconomicus, mit der hemmungslosen Jagd nach dem Mammon gleichgesetzt. Dabei wird aber übersehen:

Das Nutzenkonzept der Ökonomen wie auch der homo oeconomicus sind lediglich theoretische Konstrukte. Das Streben nach Nutzen bleibt in der Ökonomie inhaltlich unbestimmt. Die Wirtschaftswissenschaften treffen keine Annahmen darüber, was der Einzelne als nützlich betrachtet.

Markt und Dynamik

Die Finanzkrise ist in erster Linie ein Systemproblem. Fehlentwicklungen im Markt wurden nicht rechtzeitig erkannt und korrigiert. Aber machen wir uns nichts vor: Jede noch so waserdichte Aufsicht und Regulierung wird auch in Zukunft das Auftreten von kritischen Situationen nicht verhindern können. Wer glaubt, man müsse den Aufsichtsbehörden nur genug Kompetenzen geben und es gäbe zukünftig keine Krisen mehr, der erliegt einer „Regulierungssillusion“ (Thomas Straubhaar). Marktwirtschaftliche Wege sind immer mit Risiko behaftet. Wie menschliches Leben überhaupt. Niklas Luhmann, der große Soziologe, hat das mit seinem bekannten Regenschirmbeispiel schön illustriert: „Wenn es Regenschirme gibt, kann man nicht mehr risikofrei leben: Die Gefahr, dass man durch Regen nass wird, wird zum Risiko, das man eingeht, wenn man den Regenschirm nicht mitnimmt. Aber wenn man ihn mitnimmt, läuft man das Risiko, ihn irgendwo liegen zu lassen.“

Aber in den Risiken liegt gerade auch das Entwicklungspotential. Die Marktwirtschaft verabreicht uns ständig kleine Zumutungen der Unsicherheit, sie verlangt Risikobereitschaft. Keine Sicherheit schützt uns vor einem Fehlkauf, verhindert, dass ein Geschäft ein Reinfall wird. Wirtschaftlich gesehen müssen wir in der Marktwirtschaft ständig Lehrgeld zahlen. Es gibt einen permanenten Stresslevel, der uns in Bewegung hält und Korrekturen abverlangt.

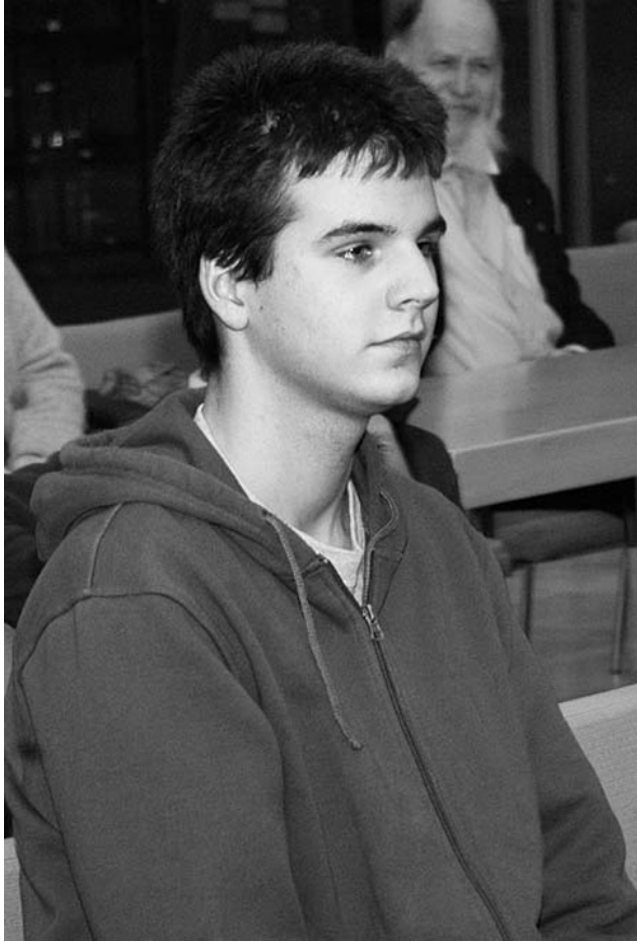
Der Vorteil dieses Systems ist aber seine unübertroffene Anpassungsfähigkeit, Lernfähigkeit und Innovationskraft. Es gibt kein anderes Wirtschaftssystem, das nur annähernd so gut in der Lage ist, kluge Lösungen für komplexe Aufgaben zu finden. Das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung und Haftung hat uns durch alle Krisen zu immer mehr Wohlstand für immer mehr Menschen geführt. Ein anpassungsfähiges, flexibles, lernfähiges und innovatives System wie die Marktwirtschaft bietet auf lange Sicht größere Sicherheit als ein statisches, starres System. Zwar kann eine Planwirtschaft kurzfristig Sicherheiten bieten, indem sie die Verteilung des bereits Vorhandenen organisiert. Doch wenn sich die Rahmenbedingungen immer rascher verändern, ist sie nicht lern- und anpassungsfähig genug. Der Preis der paternalistischen, fürsorglichen Sicherheit im Kleinen ist letztlich der Zusammenbruch des Sys-

tems im Großen. Das hat uns die Geschichte der DDR gezeigt. „Dass man in Deutschland lieber von Kapitalismus und Ausbeutung als von Marktwirtschaft und Lebensqualität redet, sagt vermutlich mehr über Deutschland aus als über Marktwirtschaft und Kapitalismus“, bemerkt dazu der Ökonom Martin Hellwig.

Ausblick

Für uns Liberale sind deshalb die jetzt notwendig gewordenen Eingriffe des Staates in den Finanzmarkt nicht das Ende der Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Nur ein starker Staat kann individuelle Grund- und Freiheitsrechte sichern. Und damit sichert er die Funktion offener und freier Märkte. Nur ein starker Staat kann durch regulierende Rahmengesetze mit Aufsicht und Sanktion den Markt einhegen.

Der Staat kann und muss die Regeln setzen. Ganz offensichtlich haben die bisherigen Regeln nicht genügt. Wer die Soziale Marktwirtschaft verteidigen will, muss deshalb marktwirtschaftliche Prinzipien verteidigen. Das Unbehagen an der Marktwirtschaft ist eigentlich ein Unbehagen an der Politik, es hat seine Ursachen in verfehlter Wirtschaftspolitik. Die gute Nachricht ist: Das lässt sich ändern!



Das Thema Finanzkrise lockte auch junge Menschen in die Katholische Akademie.